

GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

Unser Wahlprogramm für
Castrop-Rauxel 2020-25

Am **13.09.**

Grün wählen!

Zukunft entscheidet sich hier.



GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

**Unser Wahlprogramm für
Castrop-Rauxel 2020-25**

Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Wir sind's, die GRÜNEN in Castrop-Rauxel – und vor Ihnen liegt unser Programm zur Kommunalwahl am 13. September 2020.

September 2025 - Eine Vision für Castrop-Rauxel

Aus dem Fenster konnte ich gerade die Kinder beobachten, die von einem Kleinbus aus der Schule nach Hause gebracht werden. Hören kann man den Bus nicht mehr, er fährt mit Wasserstoff, und in einigen Jahren soll auch autonom und noch häufiger fahren. Und auf das Auto wäre dann ganz zu verzichten. Durch den stärkeren Einsatz von Kleinbussen ist die Nutzung der Pkw sowieso zurückgegangen. Dafür gibt es nun mehr Freiraum für Kinder und vernünftige Fahrrad Straßen. Durch den freigewordenen Platz auf den Straßen war endlich auch wieder Raum für Bänke zum Verweilen und für eine Anpflanzung von Bäumen in unserer Siedlung, Das hat den Vorteil, dass der Schatten der Bäume die Temperaturen nicht so hoch ansteigen lässt. Ich kann viel mehr lüften, auch weil der verkehrsbedingte Lärm deutlich zurückgegangen ist.

Gleich werde ich noch in unseren Stadtteilladen gehen. Meistens trifft man zufällig auch andere Leute aus der näheren Umgebung dort und trinkt gerne einen Kaffee. Einige Stunden in der Woche ist auch ein Stadtteilkümmerer vor Ort. Mit dem kann man darüber sprechen, was sich in unserem Quartier noch verbessern kann. Der Stadtteilladen ist von einigen Anwohnern als Genossenschaft gegründet worden, da die Stadtfinanzen es in der Folge von Corona noch nicht hergaben. Aber die Verwaltung hat uns dabei echt gut unterstützt. Somit sind viele Menschen aus der Nachbarschaft Miteigentümer dieses Ladens geworden. Das hat auch den Vorteil, dass man mit abstimmen kann was in dem Laden angeboten werden soll. So wurde viel diskutiert ob man einen Raum zusätzlich anmietet und dort eine Paketstation einrichtet. Denn es war immer wieder ärgerlich, wenn unterschiedlichste Paketdienste die kleine Straße verstopften und die Kinder von Autos übersehen wurden. Nun kommt dort täglich nur noch ein einziges Lieferfahrzeug für alle Anwohner, die mitmachen.

Dinge des täglichen Bedarfs gibt es in überschaubare Auswahl aber zu einem fairen Preis. Endlich kann ich mir morgens frische Brötchen holen ohne bei einer entfernten Bäckerei um die letzten Parkplätze rangeln zu müssen. Es macht einfach Spaß, ein paar Minuten zu plaudern und sich mit den Menschen auszutauschen, die das gleiche Anlie-

gen haben. Das Ganze hat noch einen Effekt. Dadurch, dass man sich kennt, achtet man mehr aufeinander und fühlt sich nicht so isoliert einfach irgendwie sicherer.

Die Stadt hat einen deutlichen Zuwachs an kleineren Geschäften bekommen, in denen man seine Einkäufe auswählt und die später von einem gemeinsamen Lieferdienst in den Stadteilladen gebracht werden. Die Information dazu kommt, dank Digitalisierung, per App auf mein Smartphone. Das fing vor 5 Jahren bei der Corona Pandemie an. Da haben sich die Einzelhändler zusammengetan, um wegen geschlossener Läden eine Möglichkeit zu haben, dennoch ihre Waren zu verkaufen.

Es gibt mir ein gutes Gefühl durch die tollen Angebote einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Unsere Stadtwerke versorgen uns mit Erneuerbaren Energien und wir benötigen weniger fossile Brennstoffe zur Fortbewegung und zum Heizen wird stark auf Erdwärme gesetzt.

Regelmäßig finden in der nahegelegenen Schule Gespräche statt, in denen über lokale Themen diskutiert werden kann. Die Ergebnisse werden transparent und nachvollziehbar in der CAS-APP dargestellt und die Abstimmungen des Stadtrates werden unmittelbar sichtbar. In der App kann man seine Ideen eingeben und für andere Ideen abstimmen. Sie werden Themen und Stadteilen zugeordnet und man kann sehen, was die nächsten Schritte sind. Insgesamt fühlt man sich viel mehr gehört und ernstgenommen.

Nach der Corona Pandemie haben sich auch die Parteien endlich zusammengerauft und gemeinsame Ziele für Castrop-Rauxel festgelegt. Dazu gehört, nur noch bereits gebrauchte Flächen neu zu bebauen und mehr Grünflächen ökologisch aufzuwerten. Endlich sind wir Europastadt im Grünen. Es gibt vernünftige Fahrradwege, auf denen man auch in der Dunkelheit keine Konkurrenz mit Autos befürchten muss und die Strecken sind durchdacht.

Klar, es sind nicht alle Probleme gelöst und irgendwelche Sorgen gibt es immer. Aber in einer anderen Stadt möchte ich nicht leben.

Auch wenn sich die Schilderung auf diesen zwei Seiten weit hergeholt und ein wenig utopisch anhört, so beschreibt sie doch sehr exakt unsere Vorstellung einer guten Stadt. Wie wir das Erreichen wollen, können Sie in konkreten Maßnahmen auf den folgenden Seiten erfahren.

**CASTROP-RAUXEL – Nachhaltig.
Natürlich. Ökologisch.**

Castrop-Rauxel – Nachhaltig. Natürlich. Ökologisch.

Wir wollen den Weg zur klimaneutralen und nachhaltigen Stadt konsequent weiter gehen. Um das Pariser 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, ist der Wechsel von der fossilen zu erneuerbaren Energie von entscheidender Bedeutung. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung. Dabei ist in der vergangenen Ratsperiode ein wichtiger Schritt gelungen: Der Stadtrat hat die Konzession für Strom- und Gasleistungen in unserer Stadt unseren Stadtwerken übertragen.

Klimaschutz und Energiewende in Castrop-Rauxel

Energie sollte möglichst da erzeugt werden, wo er verbraucht wird. Das spart teure Leitungswege und Leitungsverluste. Deshalb sollen unsere Stadtwerke in wachsendem Maße CAS-STROM verkaufen, also Öko-Strom, der in unserer Stadt erzeugt und von der hiesigen Bevölkerung verbraucht wird.

Dezentrale Energie-Produktion stärkt die regionale Wertschöpfung. Die heimische Wirtschaft hat den Nutzen und nicht die Aktionäre der Energiekonzerne.

Ein weiterer Aspekt ist die sogen. „Strom-Armut“: Wir wollen verhindern, dass Menschen, die ihre Stromrechnung nicht bezahlen konnten, von Stromsperrern betroffen werden. Energiebezug ist ein Menschenrecht, deshalb muss die Energieversorgung einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Stromproduktion schaffen Raum für Bürgerbeteiligung. Wir stehen für die Energiewende von unten, für die Bürger-Energiewende. Wir wollen, dass sich die Bevölkerung an Investitionen in Erneuerbare Energien beteiligen kann bis hin zu genossenschaftlichen Modellen für die Produktion und Verteilung von Erneuerbarem Strom.

Die privaten Haushalte haben den höchsten Anteil ihres Endenergieverbrauchs im Bereich der Wärmebereitstellung, also beim Heizen und bei der Warmwasserversorgung. Zur Reduzierung der Energiekosten, aber auch als entscheidender Beitrag zum Klimaschutz ist es richtig und notwendig, den Energieverbrauch von privaten Wohnungen deutlich zu reduzieren. Um den Prozess zu beschleunigen bleibt die Energieberatung ein entscheidender Punkt. Diese soll in verstärktem Maße auf bestehende Förderprogramme für Heizungserneuerung und Gebäudedämmung aufmerksam machen und Potenziale verdeutlichen.

Gleichzeitig wollen wir über unsere Stadtwerke in Neubaugebieten, aber in Altbaubereichen verstärkt Geothermie oder moderne Blockheizkraftwerke als ökologische und preiswerte Alternative zum Einsatz bringen.

Was wir fordern:

- Eine Klimaschutzbeauftragte mit Entscheidungsbefugnis und Vetorecht als Querschnittsaufgabe. Angesiedelt als Stabsstelle beim Bürgermeister, um dem Klimaschutz den notwendigen Nachdruck zu verleihen.
- Auf Basis des vorhandenen CO2-Minderungsplan und mit neuen Vorschlägen, konkrete Maßnahmen zu Reduzierung des CO2-Ausstoßes, in den Bereichen Wohnungsbestand und Energieversorgung, Verkehr, Industriebetriebe, Baumschutz und Freiflächenschutz, erarbeiten.
- Erstellung eines Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Castrop-Rauxel. Dabei ist eine Förderung im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundes durch das Bundesumweltministeriums möglich.
- Den kommunalen Klimanotstand ausrufen: Alle Verwaltungsvorlagen erhalten am Anfang einen Absatz „Auswirkungen auf das Klima“ analog zu „Finanziellen Auswirkungen“. Maßnahmen mit negativen Auswirkungen auf das Klima müssen detailliert mit allen Klimaauswirkungen bilanziert werden. Es ist zu begründen warum die Maßnahme durchgeführt werden soll und es ist immer eine klimaneutrale / klimafreundlichere Alternative zu erarbeiten.



Umweltschutz

Freiflächenschutz

Der Schutz noch unverbrauchter Natur steht im Mittelpunkt unserer kommunalen Umweltpolitik. Es geht darum die noch vorhandenen Freiflächen und ökologisch wertvollen Landschaftsbereiche in unserem Stadtgebiet zu erhalten.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) für Castrop-Rauxel haben wir es durchgesetzt, dass rund 14,5 ha Freiflächen im Landschaftsschutzgebiet (LSG) vor Bebauung geschützt wurden. Zurzeit sind im neuen FNP nur 1,3 ha LSG-Flächen für eine Bebauung vorgesehen. Langfristig streben wir an, den „Flächenverbrauch“ auf null zu senken und vorrangig die Folgenutzung von „Altflächen“ stärker in den Fokus zu rücken. Dieses Ziel wollen wir bereits jetzt bei den vorbereitenden Arbeiten für den FNP 2025 einbringen. Von den anderen Parteien gibt es immer wieder Initiativen weitere LSG-Flächen durch Bebauung zu zerstören.

Baumschutz und Stadtbegrünung

Die positiven Wirkungen von Bäumen sind unumstritten, sie liefern Sauerstoff, filtern Schadstoffe, verbessern das Stadtklima und prägen positiv das Stadtbild. Um diese positiven Effekte zu erhalten und nach Möglichkeit noch auszubauen, liegt uns ein konsequenter Baumschutz im öffentlichen und im privaten Bereich in Castrop-Rauxel sehr am Herzen. Wir wollen möglichst viele Bäume im Stadtgebiet erhalten. Dort, wo dies nicht möglich ist, setzen wir uns für einen langfristigen Mehrwert durch Nachpflanzungen mit dem Ziel ein, dass Anzahl und Qualität der Bäume im Stadtgebiet langfristig steigen. Hierbei setzen wir auf konsequente Aufklärung der Bürger*innen. Darüber hinaus soll die Baumschutzsatzung die besondere Bedeutung der Bäume für das Stadtklima sichtbar machen.

Das Stadtgrün besteht nicht nur aus Bäumen, bei den verbliebenen Flächen ist es wichtig, diese dauerhaft zu erhalten und ökologisch aufzubereiten. Dies ist wichtig für Mensch, Tier und Pflanzenwelt. Das strukturierte Vorgehen soll in einen Grünflächenentwicklungsplan einfließen.



Lärmschutz

Lärm ist für Menschen und Tiere nicht nur ein Ärgernis, sondern eine ernsthafte Gesundheitsgefahr. Lärm macht krank! Nicht nur hohe Lärmspitzen, sondern auch gerade Dauerlärmpegel sind dabei ein Problem. Daher wollen wir in der Umsetzung von Lärmaktionsplänen dafür sorgen, dass stark befahrene Straßen genauer untersucht werden, ggf. der Einsatz von sogenanntem „Flüsterasphalt“ geprüft wird. Gleiches gilt auch für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen beim Bahnlärm durch modernere Wagenräder. Auch Lärmschutzwände können im Einzelfall die Lebensqualität verbessern. Hier gilt besonders der Ansatz, Lärm erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir wollen vor Ort das Thema Lärm(schutz) ganzheitlich angehen und in einem Lärminderungsplan für unsere Stadt durch Sanierung der Bahnlinien und zielgerichtete Lenkungen des Individualverkehrs umsetzen.

Luftreinhaltung

Auch wenn die Industrieanlagen in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer „sauber“ geworden sind, belasten uns Großanlagen wie das aktuell in Betrieb genommene Kohlekraftwerke „Datteln IV“ und der zunehmende Straßenverkehr mit Feinstaub und anderen Schadstoffen. Hier gilt es, die lokalen Belastungszahlen durch geeignete Messstellen zu erfassen und wirksame Konzepte zu entwickeln, die das städtische Klima zu verbessern. Aus diesem Grunde lehnen wir den Neubau von neuen Kohlekraftwerken rund um Castrop-Rauxel ab. Luftreinhaltepläne können hierbei ein Instrument sein und eine grüne Stadtentwicklung mit der Steuerung von Individualverkehr und der Entwicklung von kleinen „Grünen Lungen“ im Stadtgebiet.

Naturschutzgebiete und biologische Vielfalt

Wir alle schätzen unsere Grünflächen als Orte der Ruhe und der Erholung, als Lernorte oder als wichtige Biotope für Flora und Fauna. Um die biologische Vielfalt in Castrop-Rauxel zu erhalten und zu stärken, werden wir uns für den Erhalt der Grünflächen und die Schaffung neuer Naturflächen einsetzen sowie den voranschreitenden Flächenfraß drosseln und langfristig gänzlich zu stoppen. Durch das Anlegen von Blühstreifen, Blumenwiesen und -gärten sollen zudem der Bienen- und Insektenschutz verstärkt werden, was sich wiederum positiv auf den Erhalt anderer Tierarten auswirken wird. Außerdem sollen die Renaturierung von Gewässern und eine naturnahe Bewirtschaftung des Waldes vorangebracht werden. Der Landwirtschaft im Stadtgebiet kommt hierbei ebenfalls eine bedeutende Rolle zu, verfügt diese über große Flächenpotenziale.

Tierschutz

Tierschutz ist ein Grünes Kernthema: seit unserer Gründung setzen wir uns für einen respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ein. Wir setzen uns vor Ort dafür ein, die Lage der Tiere vor Ort zu verbessern. Dies gilt sowohl für die Nutztierhaltung als auch für das Wohl der sogenannten "Haustiere". In einem ersten Schritt haben wir die Kastrationspflicht für Katzen auf den Weg gebracht.

Kleingärten dauerhaft sichern und ausbauen

Zahlreiche Motive, Vorteile und Zielsetzungen sind mit der Schaffung und der Erhaltung von Kleingartenanlagen verbunden. Diese zu benennen, zu fördern und zu realisieren ist die Aufgabe die der Stadt Castrop-Rauxel mit diesem Antrag gestellt wird.

In der heutigen Zeit dienen Kleingärten zahlreichen Familien als Ausgleich zu ihrer teils beengten und mangelhaften Wohnsituation. Gerade Mieter von Geschosswohnungen nehmen diese soziale Funktion in zunehmendem Maße in Anspruch.

Weiterhin schaffen Kleingärten Freiräume und ermöglichen ihren Pächtern, im Rahmen der Vereins-satzungen, ihre Wünsche und ihren Lebensstil zu verwirklichen. Kleingärten steigern den Freizeit- und Erholungswert einer Stadt, da sie Ruhezeiten innerhalb bebauter Flächen darstellen und in der Regel für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Freizeiteinrichtungen wie Spielplätze und Gaststätten erhöhen zusätzlich die Lebensqualität in der Stadt.

Kleingärten nehmen auch eine wichtige ökologische Funktion ein, da sie „Grüne Lungen“ im Stadtgebiet darstellen und für eine Auflockerung der Bebauung sorgen. Mit ihrem umfangreichen Bewuchs an Bäumen, Sträuchern und Blumen sind Kleingärten Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen. Eine Vielzahl von Tieren und Insekten findet hier ihren Lebensraum.

Nicht vergessen werden sollten hier die sozialen Aspekte solcher Anlagen. Durch die Organisation innerhalb der Anlagen werden Kontakte zwischen Menschen aus verschiedenen Altersklassen, sozialen Schichten, Berufen



und mit einer unterschiedlichen Herkunft und persönlichem Hintergrund geknüpft. Durch einen Kleingartenentwicklungsplan sollen die Pächter*innen nicht nur einen generellen Entschädigungs- und Ersatzanspruch erhalten. Sondern sie sollten zusätzlich eine besondere planerische und lokale Priorität bekommen. Auflösungen von Kleingärten dürfen nur in Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung von Alternativen und Ausweichflächen durchgeführt werden

Lebenswerte Stadtteile

Die Stadtteile in Castrop-Rauxel sind lebendig und von einer eigenen Identifikation geprägt. In den letzten Jahren wurde eine Umverteilung von Infrastrukturen hin zu zentralen Punkten festgestellt. Diese Entwicklung halten wir Grüne für falsch, vielmehr wollen wir das Potenzial der Gemeinschaft stärken und das Leben in den Stadtteilen über die gesamte Lebensspanne stärken. Wir wollen neben der Entwicklung von Wohnkonzepten für Mehrgenerationenprojekte auch Betreuungseinrichtungen für Kinder (wieder) wohnortnah anbieten und so die Identifikation mit den Stadtteilen erhöhen und Belastungen durch Pendelfahrten bereits in jungen Jahren zu minimieren.

Die Einführung des „Stadtteilbudgets“ ist ein erster richtiger Schritt um einzelne Projekte zur Identifizierung der Stadtteilm Bewohner*innen mit ihrem Stadtteil zu fördern. Unsere Stadtteile dürfen nicht ausbluten, sondern müssen noch lebenswerter werden. Wir möchten, dass die Menschen sorgenfreier und unbeschwerter in der von ihnen gewählten Umgebung über alle Lebensphasen hinweg leben und dort in allen Lebensphasen zuhause und in der Gemeinschaft sicher sind.

Die großen Parteien machen das Leben für die Bürger*innen immer komplexer und damit komplizierter. Glaubwürdigkeit ist häufig nur noch eine Farce. Für uns muss Authentizität, Vertrauen und gute Nachbarschaft wieder stärker in den Fokus rücken.

Castrop-Rauxels ist ein schöner Ort um zu leben. Die Rahmenbedingungen durch unterschiedliche Bedürfnisse der Bevölkerung und ein geändertes Mobilitätsverhalten haben sich in den letzten Jahren massiv verändert. Aus diesem Grunde ist es umso wichtiger, den Menschen die Vertrautheit des Stadtteils zurück zu geben. Dies muss nach unserer Auffassung in einem ersten Schritt durch Definition von gleichen Lebensbedingungen aller Castrop-Rauxeler – egal wo sich die Wohnung befindet - erfolgen. So muss für uns der Zugang zu Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ärzten und Nahversorgungseinrichtungen sowie Nahverkehr für jeden Einwohner im gleichen Radius zu erreichen sein.

Aufwachsen in Castrop-Rauxel

Kitas in Castrop-Rauxel durch ein Bildungsbüro unterstützen Wir stehen für eine nachhaltige Zukunftspolitik mit bester Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe

Wir wollen die Zukunft gestalten! Aus unserer Sicht bedeutet das vor allem auch, die Fundamente für die Zukunft zu legen, um nachhaltig planen, arbeiten und einfach gut leben zu können. Wir wollen gesellschaftlichen Wandel, wie zum Beispiel der Digitalisierung, nicht nur begegnen, sondern ihn aktiv gestalten. Dazu gehört für uns, den Menschen in Castrop-Rauxel beste Bildung zur Verfügung zu stellen und vielfältige Freizeitangebote in Kultur und Sport zu fördern. Wenn wir den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt diese Möglichkeiten bieten wollen, müssen auch die Familien konsequent mitgedacht werden.

Daher wollen wir:

- Familien bestmöglich unterstützen, indem wir vorhandene Strukturen schützen und Angebote ausbauen
- Der Jugend echte Teilhabemöglichkeiten im politischen Diskurs geben
- Den Bedarf an KiTaplätzen decken
- Bildung als zentrales Werkzeug gegen Armut begreifen und die kommunale Schulpolitik dementsprechend priorisieren
- Lebenslanges Lernen fördern, um verschiedene Bildungswege zu ermöglichen
- Die Digitalisierung insbesondere in den Schulen vorantreiben

Bildung

Bildung ist ein ganzheitlicher und lebenslanger Kompetenzerwerb und findet vorwiegend „vor Ort“ statt. Damit entscheidet sich hier der Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden Grundlagen für berufliche Perspektiven und Teilhabe gelegt. Neben der Selbstbestimmung steht für uns eine umfassende Unterstützung für benachteiligte Haushalte im Fokus.

Oberste Maßgabe für unser Handeln ist die Orientierung an jedem Einzelnen in seinem individuellen Umfeld. Schwerpunkt in der Bildungs- und Erziehungsarbeit sind die individuellen Neigungen und Begabungen. Diese gilt es zu fördern. Neben einer Vernetzung aller bestehenden Schulen der Stadt setzen wir uns für eine eigenverantwortliche Entwicklung der Schulen als Lebens- und Lernorte ein. Ein wesentlicher Baustein ist hierbei das Angebot eines Ganztagsunterrichts. Während wir die Schulen in ihrer Entscheidung zur Errichtung eines offenen Ganztagsangebotes unterstützen, streben wir die Einrichtung einer Modellschule mit gebundenem Ganztage im Elementarbereich an.

Nur im gebundenen Ganzttag ist eine homogene Bildungsarbeit leistbar. Das Schulwahlverhalten hat uns gezeigt, dass es eine große Akzeptanz für die integrierten Schulsysteme gibt. Aus pädagogischen Gründen gilt es, das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden. Wir setzen auf die Wertschätzung der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen sowie auf ihre individuelle Förderung anstelle einer „begabungsgerechten“ Auslese.

Dazu gehört es auch, für alle Schüler*innen gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen unabhängig davon, in welchem Stadtteil die Schule liegt oder wie vermögend die Familie ist. Gerade die Zeit der Schulschließungen hat gezeigt, dass viele Schulen aber auch Familien nicht auf die Herausforderungen des Lernen auf Distanz vorbereitet waren. Für die Schulen fordern wir daher freies WLAN und digitale Klassenräume, z. B. durch die Ausstattung mit Whiteboards und Webcams, um digitale Lernplattformen mit allen Schüler*innen nutzen zu können.

Bedürftige Schüler*innen sollen möglichst unbürokratisch mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden.

Der Schulträger fragt den Fortbildungsbedarf der einzelnen Schulen im Bereich der Digitalisierung ab und unterstützt die Schulen bei der Auswahl entsprechender Fortbildungsangebote bzw. organisiert selbst Fortbildungsangebote.

Außerdem wurden Im Zuge der verschärften Hygienebedingungen durch Corona weitere Sanierungsbedarfe an den Schulen offensichtlich. Wir möchten, dass die entsprechenden Mittel noch vehementer bei Land und Bund eingefordert werden, um dem Sanierungstau Herr zu werden. Außerdem fordern wir mehr Servicepersonal für die Schulen, damit diese die geforderten Hygienekonzepte auch umsetzen können und Schüler*innen auch über die Zeit von Corona hinaus in einer sauberen und sicheren Umgebung lernen können.



Bei allen konkreten schulorganisatorischen Beschlüssen ist außerdem der Elternwille ein wichtiges Entscheidungskriterium für uns.

Wesentlich ist es, auch nicht die Stadtgrenzen als Barrieren zu begreifen, vielmehr sind in die städtischen Überlegungen zur Bildungsoptimierung Angebote der angrenzenden Städte einzubeziehen. Kooperationen sind hier ausdrücklich erwünscht. Das bisherige Schulwahlverhalten legt ein großes Interesse der Bürger*innen an solchen Angeboten nahe. Die Realschule Sodingen, das Schulzentrum in Kirchlinde, die Gesamtschule Mengede und auch die Gesamtschule Waltrop sind beliebte Ziele Castrop-Rauxler Schüler*innen.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass das Bildungsangebot auch in den späteren Lebensphasen den Bedarfen angepasst wird. Die Strukturen der VHS bieten hierbei eine gute Grundlage.

Schulessen

Immer mehr Kinder sind auf die Schulverpflegung als wichtigste Mahlzeit des Tages angewiesen. Umso wichtiger ist es, dass diese von ernährungsphysiologisch und geschmacklich hoher Qualität und abwechslungsreich ist. Eine vollwertige Schulverpflegung leistet zudem einen wesentlichen Beitrag zu mehr Gesundheit und Leistungsfähigkeit in der Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass die Speisenzutaten möglichst saisonal, regional hergestellt und ökologisch sind. Wir setzen uns für eine realistische Kostenvergleichsrechnung ein, die auch solche Kosten einbezieht, die häufig versteckt sind, wie etwa Energiekosten, Ver- und Entsorgungskosten Um nicht am Bedarf vorbei und von oben herab zu planen, wollen bei der Umstellung auf sowohl die Elternschaft, als auch vor allem die Schülerschaft einbeziehen.

Das regelmäßige Schulessen ist für immer mehr Kinder in Castrop-Rauxel das „normale“ Essen. Die Schulverpflegung hat inzwischen einen hohen Stellenwert für die Herausbildung von Ernährungskompetenzen. Was und wie tagtäglich gegessen und getrunken wird, trägt zur Entwicklung und Festigung von Geschmacks- und Handlungsmustern bei, die das tägliche Ernährungshandeln und -verhalten leiten. Die in der Kindheit und Jugend erlernten Ernährungsgewohnheiten prägen auch die Fähigkeiten und die Einstellungen für eine ausgewogene Ernährung im Erwachsenenalter. Wir wollen dabei und dadurch die Vertrautheit mit gesunder, nährhafter Kost bereits in der Zeit, in der die Kinder in unseren Schulen und KiTas sind, fördern.

Wir wollen ein gesundes Schulessen ohne Geschmacksverstärker, künstliche Aromen, Süßstoffe oder Formfleisch. Unser Ziel muss es sein, den Anteil an Zutaten aus biologischem Anbau zu steigern. Hier gilt es zu prüfen, inwiefern landwirtschaftliche Betriebe vor Ort eingebunden werden können. Für diese Betriebe gilt es zwar betriebswirtschaftliche Zwänge zu berücksichtigen, dennoch kann es sich auch für sie lohnen in die zu-

künftigen Generationen zu investieren und einen Beitrag zum Ernährungsverhalten unserer Kinder zu leisten. Dies gilt es deutlich zu machen.

Dabei soll eine den Kindern entsprechende Ernährung nicht ausschließlich nach dem Einkaufspreis gerichtet sein. Wir wollen dabei die gesamten Kosten der Essenserzeugung und -verteilung betrachten und nicht nur die Einkaufspreise der Speisen, um eine gerechte Auswahl der Verfahren und Hersteller zu ermöglichen. Die Kosten für die sogenannte Regeneration der Speisen sind nicht nur wirtschaftlich erheblich, sondern sind auch ökologisch schädlich. Dabei werden Speisen nach der Produktion aus hygienischen Gründen unter hohem energetischem Einsatz heruntergekühlt oder sogar tiefgefroren, um dann in den Einrichtungen mit erneutem energetischem Einsatz wieder „regeneriert“ zu werden. Deswegen setzen wir auf eine Speisenherstellung durch regionale/lokale Betriebe.

Die Anzahl der Kinder aus Familien mit unzureichendem Einkommen ist auch in Castrop-Rauxel gestiegen. Die Mahlzeiten müssen deshalb für alle Familien bezahlbar sein. Über solidarisch orientierte Preis- und Finanzierungssysteme muss sichergestellt werden, dass jedes Kind täglich in der Schule essen kann. Höhere Elternbeiträge müssen, anders als in der Vergangenheit, durch höhere Qualität gerechtfertigt sein.

Altwerden in Castrop-Rauxel

Sicherheit

Die Sicherheit eines jeden Bewohners von Castrop-Rauxel hat für uns oberste Priorität. Angsträume und das Gefühl der Unsicherheit gehört für uns nicht in die Castrop-Rauxeler Stadtgesellschaft. Wir werden daher einen Prozess anstoßen, der die Achtsamkeit füreinander und ein harmonisches Miteinander zum Inhalt hat. Wir sind der Meinung, dass viele Castrop-Rauxeler mehr für die Sicherheit und Ordnung in Castrop-Rauxel bewegen können als wenige städtische Ordnungskräfte.

Weiterhin ist uns der Schutz persönlicher Daten der Bürger*innen ein wichtiges Thema; Datenschutz muss konsequent umgesetzt werden. Die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) setzt hierfür zwar gute Maßstäbe, jedoch wurden Informations- und Beratungsangebote dazu in Bayern bisher vernachlässigt. Darüber hinaus fordern eine Überprüfung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Bestehende Überwachung wird auf den bisherigen Nutzen hin überprüft und auf ein Minimum reduziert. Neue Überwachung wird nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen. Automatisierte Gesichtserkennung und andere intelligente Videoüberwachungssysteme lehnen wir grundsätzlich ab.

Gesundheit und Alter

Die aktuelle Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie bedeutend ein funktionierendes Gesundheitsversorgungssystem für alle Menschen. Das Recht auf Gesundheit, also dem ungehinderten Zugang zu Gesundheitsleistungen und zu Möglichkeiten eines guten und gesunden Lebens ist ein Grundbedürfnis. Denn Gesundheit ermöglicht die Teilhabe an der Gesellschaft, etwa am Arbeitsleben, aber auch am sozialen und kulturellen Leben. Gerade Menschen mit schlechten sozialen Bedingungen wie Arbeitslosigkeit oder geringem Einkommen sind besonders von Krankheit und von den Folgen von Krankheit bedroht. Dieses gilt insbesondere in Fragen gesundgerechter Ernährung, der Bewegung und der Wohnverhältnisse.

Die Stadt Castrop-Rauxel ist zwar kein unmittelbarer Akteur in der Gesundheitsversorgung. Sie kann aber durch quartiers-/stadtteilbezogene Projekte in Kooperation mit dem Kreis, der den Leistungsträgern und den Leistungserbringern an der Verbesserung der Gesundheit mitwirken.

Gesundheit muss als eine generationengerechte Frage angesehen werden. Untersuchungen des Kreisgesundheitsamts zu chronischen Erkrankungen von Kindern bei der Einschulung haben gezeigt, dass Kinder aus Familien, in denen die Eltern eine niedrigeren Schul- und Berufsabschluss haben und vor allem auch Familien, in denen nicht deutsch gesprochen wird, bereits in einem höheren Umfang chronische Erkrankungen haben. Familien mit sozialen Nachteilen, wie Einkommen, Bildung, sprachliche Fremdheit haben häufig einen schlechteren Zugang zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung.

Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich deshalb für ein gesundheitsbezogenes, generationengerechtes Quartiersmanagement ein.

Dazu gehört auch ein möglichst selbständiges Leben im Alter. Der Wunsch der meisten Menschen bis ins hohe Alter in der eigenen Wohnung leben zu können, wird angesichts der zunehmenden Zahl alter Menschen auch in Castrop-Rauxel immer schwieriger zu bewerkstelligen. Der Ausbau der Pflegeheime ist nicht nur ökonomisch keine Lösung, sondern widerspricht auch den Wünschen und Vorstellungen vieler Menschen von einem Leben im Alter. Wir setzen uns deshalb für ein Konzept generationengerechten Wohnens in der Quartiersentwicklung ein und suchen dabei den Zusammenschluss von Mietern, Leistungsträgern in der Versorgung älterer Menschen und Wohnungseigentümern. Eine solche generationengerechte Quartiersentwicklung muss darauf achten, dass alle täglichen Anforderungen an öffentliche und nicht-öffentliche Infrastruktur verfügbar sind.

Da der Anteil von Menschen mit besonderen chronischen Einschränkungen im Alter zunimmt, vor allem von Erkrankungen mit kognitiven Einschränkungen, wie Demenz oder Alzheimer, setzen wir uns für alternative Wohn- und Quartierskonzepte ein. Wir

wollen diese als innovative Modellprojekte initiieren, die den besonderen und vielfältigen Anforderungen an ein Leben im Alter gerecht werden. Dazu gehören auch Formen des auch selbst organisierten solidarischen generationenübergreifenden Zusammenlebens (z.B. Mehrgenerationshäuser).

Um Menschen möglichst ein selbständiges Leben in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen bedarf es einer Stärkung der Pflegeberatung, insbesondere durch Ergänzung aufsuchender Angebote. Da Pflegeberatung grundsätzlich eine Aufgabe der Pflegekassen ist mit diesen ein kooperative Finanzierungslösung anzustreben.

Gesellschaftliche Teilhabe

Für starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und gelebte Vielfalt.

Für uns GRÜNE ist eine bunte, vielfältige und inklusive Gesellschaft zentral für die Lebensqualität unserer Stadt. Jede*r soll partizipieren können, ohne dass Herkunft, soziale Stellung, sexuelle Identität, Geschlecht oder Alter negativ Einfluss darauf nehmen. Im Gegenteil, wir sehen die pluralistische Struktur unserer Stadt als großes Plus, das es zu fördern gilt! Damit diese Vorstellungen verwirklicht werden können, müssen die ebenfalls vielfältigen Bedürfnisse aller Menschen angemessen gewürdigt werden.

Bürgerbeteiligung

Es ist der 24. April 2024 um 09:35 Uhr. Lisa Meier aus der Dinnendahlstraße in Merklinde erhält eine E-Mail aus dem Rathaus: Die Harkort-Siedlung soll energetisch saniert werden. Ende Mai soll das Vorhaben erstmalig im Betriebsausschuss 3 des Stadtrates diskutiert werden. Schnell ruft Lisa auf ihrem Smartphone die neue „CASBürgerAPP“ auf. Automatisch wird sie auf die „Vorhabenliste“ der Stadt geführt. Das per E-Mail angekündigte Vorhaben ist schnell gefunden. „Interessant“ denkt sich Lisa. „Das müssen wir unbedingt nächste Woche bei ‚Wir in Merklinde‘ diskutieren, damit unsere Belange von Anfang an berücksichtigt werden.“

Zukunftsmusik? In Castrop-Rauxel schon – in anderen Städten nicht unbedingt. Es gibt vorbildhafte Bürgerbeteiligungs-Modelle, an denen man sich orientieren kann.

Aber: Bürgerbeteiligung muss gewollt sein und sie muss dann in Kooperation zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung nach fest vereinbarten Regeln gelebt werden.

Danach sieht es zurzeit in Castrop-Rauxel nicht aus:

- Von Bebauungsplänen, die sie betreffen, erfahren Bürger*innen meist nur aus der Presse oder gar nicht, so dass es für sie schwierig ist, sich mit Anregungen und Widersprüchen einzumischen. Und Anregungen und Widersprüche dürfen sie erst dann einbringen, wenn der Bebauungsplan faktisch bereits beschlossen ist.

- Der Bürgerbeauftragte wurde vom Bürgermeister ohne Absprache mit dem Stadtrat abgeschafft.
- Stattdessen soll jetzt eine alberne Handpuppe „einen leichteren Zugang zu komplexen Themen der Stadtverwaltung“ ermöglichen – auf gut Deutsch, dem dummen Volk die „kluge Politik“ des Bürgermeisters erklären.

Auch der Umgang mit der unmittelbaren Bürger*innenmeinung ist mehr als fragwürdig:

- 1.700 Unterschriften für die Erhaltung des „grünen Schulhofs“ der Grundschule Alter Garten wurden von der Ratsmehrheit ignoriert.
- Das Bürgerbegehren zur Erhaltung der Alten Eiche mit über 6.800 Unterschriften wurde für unzulässig erklärt.
- Auch 2.000 Unterschriften dafür, dass der Markt wieder auf dem Marktplatz durchgeführt wird, fielen unter den Tisch.
- Für mehr und bessere Bürgerbeteiligung brauchen wir in Castrop-Rauxel zuerst mal eine neue politische Kultur, in der die Bürgerinnen und Bürger als Partner*innen auf Augenhöhe akzeptiert und geschätzt werden.

Diese neue Kultur vorausgesetzt, benötigen wir folgende Grundelemente für eine gute Bürgerbeteiligung:

- Information ist noch keine Bürgerbeteiligung. Aber sie ist die Basis für jede gute Bürgerbeteiligung. Die Bürgerschaft muss wissen, was die Verwaltung plant. Und sie muss es wissen, bevor die Pläne in den Ratsgremien behandelt werden. Diese Information ist eine Bringschuld der Verwaltung z.B. durch eine stets aktuelle „Vorhabenliste“, die für jede und jeden jederzeit einsehbar ist.
- Die Bürgerschaft muss zu allen Vorhaben von Anfang an Vorschläge und Kritik vorbringen können. Nach festzulegenden Regeln müssen sich die Ratsgremien auch im laufenden Verfahren bereits mit Vorschlägen und Kritik aus der Bürgerschaft beschäftigen.
- Die Bürgerschaft muss – über Bürgeranträge nach § 24 Gemeindeordnung hinaus – die Möglichkeit haben, selbst Vorhaben zu initiieren.
- Bei allen Vorhaben und Projekten muss von Anfang an feststehen, welche Beteiligungsrechte der Bürgerschaft zustehen.
- Es werden regelmäßig Stadt- bzw. Stadtteilversammlungen durchgeführt. Sie dienen dem Austausch und dem direkten Dialog zwischen den Akteuren: Bürgerschaft, Politik, Verwaltung.
- Ein neutrales Gremium überwacht die Einhaltung der Regeln. Neutrale Moderatoren stellen sicher, dass Gespräche zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung immer ergebnisoffen geführt werden.
- Die Entwicklung einer Bürgerbeteiligung nach dem beschriebenen Muster ist ein Prozess, der von Anfang an gemeinsam von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung in

Angriff genommen werden muss.

Es versteht sich von selbst, dass solche neuen Regeln von Anfang an zusammen mit der Bürgerschaft entwickelt werden müssen.

Arbeitsmarktpolitik

Wir wollen die örtliche Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Menschen stärken und gestalten. Menschen ohne Arbeit und insbesondere Langzeitarbeitslose haben ein Recht auf soziale Teilhabe und persönliche Perspektiven. Dieses Recht ist für uns Leitlinie und Ziel. Die Einführung des Sozialen Arbeitsmarkt ist in den letzten 12 Monaten gut gelungen. Nun gilt es, die Erfolge bei der Einführung nachhaltig zu festigen und auszubauen. Wir helfen damit den Menschen mit dem Motto „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht!“

Neben der geförderten Beschäftigung bei der Stadtverwaltung oder bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege soll mit Nachdruck erreicht werden, den betroffenen Menschen durch eine Arbeitsaufnahme in der privaten Wirtschaft eine nachhaltige berufliche Perspektive - einhergehend mit einer deutlichen Reduzierung der Sozillasten – bieten zu können. Hier muss sich neben dem Kreis auch die Stadt Castrop-Rauxel aktiv einbringen und sich für die Schaffung geförderter Arbeitsplätze engagieren.

Denn die Tätigkeiten stärken das Selbstwertgefühl der Teilnehmenden und Ihre Chancen auf soziale und kulturelle Teilhabe. Die Wirkung umfasst zumeist nicht nur die einzelne arbeitende Person, sondern wirkt sich positiv auf die komplette Familie aus. Diese Effekte gilt es weiter zu fördern.

Wir treten daher dafür ein, den sozialen Arbeitsmarkt kontinuierlich auszubauen, weiterzuentwickeln und damit langfristige Perspektiven zu schaffen.

Neben der Steigerung der Erwerbsfähigkeit von Arbeitslosigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit betroffener Bürgerinnen und Bürger gilt es zudem, noch mehr in Ausbildung und Qualifizierung zu investieren.

Langzeitarbeitslosigkeit muss verhindert werden bevor sie eintritt.

Eine solide Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Trotz vieler Anstrengungen in der Vergangenheit verfügen in Castrop-Rauxel immer noch zu viele Menschen über keine (abgeschlossene) Berufsausbildung. Dies gilt es anzugehen.

Die Kinder, die von der Schule kommen, müssen eine Chance auf Ausbildung haben, um den Grundstein für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben - das bedeutet auch für ein Erwerbsleben - zu setzen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die lokale Arbeitsmarktpolitik weiter zu stärken, auszubauen und insbesondere in Kooperation mit dem Jobcenter des Kreises Recklinghausen weiterzuentwickeln.

Inklusion

Ausgrenzung von Menschen basiert auf gesellschaftlichen Barrieren im täglichen Umfeld, im Quartier oder auch in den Köpfen der Menschen. Wir Grünen bejahen und fördern gesellschaftliche Vielfalt und darauf gründende Teilhabe. Vielfalt, wie sie aus der Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen Milieus oder mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft entsteht, ist von grundlegender Bedeutung für das gegenseitige Verständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erst aus der Gemeinsamkeit des Verschiedenen entsteht letztlich eine demokratische Gesellschaft. In der Stadtentwicklung wollen wir deshalb quartiersbezogen Orte der Begegnung ermöglichen.

Inklusion betrifft alle, es geht um die gesellschaftliche Teilhabe ohne psychische, physische, geistige oder soziale Barrieren. Inklusion in diesem Verständnis muss eine Verpflichtung für die Stadtgesellschaft sein. Wir Grünen in Castrop-Rauxel wollen für eine Stadtgesellschaft sorgen, die sich aktiv und öffentlich für eine uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ungeachtet ihrer Fähigkeiten und Beeinträchtigungen, ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts, ihres Alters etc. einsetzt. Eine inklusive Stadtgesellschaft setzt voraus, dass die Menschen verschieden und dabei gleichwertige Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft besitzen. Inklusion braucht eine Gesellschaft, die sich ihrer Exklusion bewusst ist. Inklusion braucht Menschen mit Beeinträchtigungen als Expertinnen und Experten.

Seit die Bundesregierung 2009 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die UN-Behindertenrechtskonvention, ratifiziert hat, ist die Konvention auch für Deutschland verbindlich. Seit April 2011 liegt ein Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Konvention vor. Die Landesregierung NRW hat 2012 den Aktionsplan "Eine Gesellschaft für alle. NRW inklusiv" vorgelegt. Die bisherige Debatte um das Thema Inklusion wird meist auf den Bereich der Schule reduziert. Dabei ist mit dem Begriff „Inklusive Gesellschaft“ viel mehr gemeint. Wir benötigen in Castrop-Rauxel ein gesamtstädtisches Konzept, das verbindlich aufzeigt, wie wir schrittweise eine vollständige Inklusion in unserer Stadt erreichen können. Nachdem der Rat der Stadt Castrop-Rauxel bereits auf Initiative von Bündnis 90 / Die Grünen im November 2013 die Stadtverwaltung beauftragt hat, konkrete Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten hin zu einer inklusiven Stadtgesellschaft zu erarbeiten, wurde noch unter dem alten Bürgermeister ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt für die Erarbeitung eines solchen Konzepts ins Leben gerufen, das allerdings am Ende ergebnislos blieb. Wir werden die Arbeit des ersten Jahres aufgreifen und setzen uns für die Erstellung eines Inklusions- und Teilhabepplans in Castrop-Rauxel ein. Dabei sollen die Themenfelder Schulische Inklusion, Mobilität und Arbeit, kulturelle Teilhabe und Freizeit sowie Wohnen und alltägliche Teilhabe intensiv bearbeitet werden.

So wollen wir Im Bereich der schulischen Inklusion wollen wir für alle Schulen eine ent-

lang inklusiver Lehr- und Lernkonzepte aufgestellte Raumplanung erreichen. Im Bereich Mobilität und Arbeit geht es um die Beseitigung von Barrieren etwa im ÖPNV sowie um ein Konzept zur Teilhabe in Arbeit in Abstimmung mit Werkstätten, aber auch den regionalen Arbeitgebern.

Menschen mit Behinderungen gehören mitten hinein in die Gemeinschaft – von Anfang an. Behinder-te und nichtbehinderte Kinder besuchen die gleiche Kita und Schule in ihrer Nachbarschaft. Ausbildung und Beruf findet gemeinsam in regulären Betrieben statt. In der Freizeit haben alle die Möglichkeit, im Sportverein oder in der Musikgruppe nach ihrer Wahl mitmachen zu können. Das ist aus Sicht der Grünen in Castrop-Rauxel Inklusion. Dafür setzen wir uns ein.

Bundesweit leben nur eine Minderheit von Menschen mit Beeinträchtigung, gerade mit altersbedingten Erschwernissen in barrierefreien oder –armen Wohnungen. Für Castrop-Rauxel gibt es keine Daten dazu. Es ist aber davon auszugehen, dass mit Blick auf den zunehmenden Anteil älterer Menschen auch in unserer Stadt viele Menschen in für sie nicht mehr adäquaten Wohnungen leben. Altenresidenzen sind für viele Menschen auch ökonomisch keine Alternative. Wir setzen uns dafür ein, zusammen mit der Wohnungswirtschaft Konzepte für ein preiswertes möglichst barrierefreies Wohnen im Bestand zu ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Erfüllung alltäglicher Bedürfnisse durch wohnortnahe Angebote oder durch innovative Versorgungskonzepte ermöglicht wird.

In diesem vorgenannten Verständnis muss Inklusion als Querschnittsthema aller gesellschaftlichen Themen und insbesondere einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung gesehen werden.

Integration

Wir setzen uns dafür ein, allen Menschen unabhängig von Ihrer Herkunft zu einer besseren Lebensqualität zu verhelfen. Castrop-Rauxel ist eine offene Stadt. Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer haben hier ihre Heimat gefunden, viele Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Verfolgung. Wir Grünen machen uns stark für eine Stadt, in der jede und jeder gut leben kann – und alle einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Kultur haben.

Die Integrationspolitik betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ist deshalb eine Querschnittsaufgabe der grünen Politik in Castrop-Rauxel. In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen auf engstem Raum zusammen. Es ist vor allem ein Reichtum, den es auszuschöpfen gilt. Wir wollen die vielfältigen Potenziale der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund nutzen, anstatt angebliche Probleme in den Vordergrund zu stellen.

Zentrale Aufgabe ist es, alle gesellschaftlichen Bereiche interkulturell zu öffnen: Zugang

zu Bildung, Beteiligung und Beschäftigung sind zentrale Aufgaben einer gelingenden Integrationspolitik.

Wir Grünen werden die Arbeit der Integrationsbeauftragten der Stadtverwaltung weiterhin eng begleiten, denn sie unterstützt den Integrationsrat, organisiert und koordiniert die praktische Umsetzung des Integrationskonzepts und setzt innerhalb der Stadtverwaltung Integration als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche durch.

Wir setzen uns für mehr interkulturelle Kompetenzen in allen Lebensbereichen unserer Stadt ein. Das ist entscheidend, um das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in unsere Stadt zu verbessern und Kommunikationsprobleme abzubauen.

Castrop-Rauxeler Unternehmen mit Migrationshintergrund leisten einen wertvollen Beitrag zur lokalen Ökonomie. Wir Grünen werden die Verbesserung der Rahmenbedingungen dieser Betriebe aktiv unterstützen. Betriebe deren Inhaber eine Zuwanderungsgeschichte haben, besitzen großes Ausbildungspotential und es gilt, dringend existierende Hemmnisse zu überwinden. Ohne dauerhafte Beratung und Betreuung wird es aber nicht möglich sein, nachhaltig Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Integration in Ausbildung und Beruf von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine weitere große Herausforderung. Arbeits- und Ausbildungslosigkeit führen zu Ausgrenzung, also zum Gegenteil von Integration. Die Vermittlung von jugendlichen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ausbildungsstellen muss als permanente und betreuungsintensive Querschnittsaufgabe für alle Akteure am Arbeitsmarkt (Betriebe, städtische Wirtschaftsförderung, IHK/ Handwerkskammer, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter) begriffen werden.

LGBTI* - Themen in Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel ist divers, bunt und vielfältig. Castrop-Rauxel zeigt bei Veranstaltungen, wie dem Europafest, dass für Ausgrenzung, Gewalt, Diskriminierung, Anti-Feminismus, Homo, Bi-, Trans*- und Inter*phobie kein Platz ist.

Zu uns Grünen gehört der Einsatz für die LGBTIQ*-Community ebenso wie der Einsatz für bedrohter Flora und Fauna unserer Stadt. Wo andere über queere Menschen reden, setzen wir uns für diese ein!

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen setzen uns für die volle Akzeptanz, gegen Diskriminierung und gegen Gewalt ein. In Zeiten gesellschaftlicher Rollbacks gilt es die Errungenschaften zu verteidigen und weiter für LGBTIQ* zu kämpfen.

Für unsere Stadt fordern wir:

- Die Unterstützung von Diversity Management von Unternehmen und in der Stadtverwaltung
- Die Verknüpfung von sozialen Fragen mit der Anti-Diskriminierungspolitik
- Belange von älteren und alten LSBTIQ* müssen in der Altenarbeit und in der Pflege

berücksichtigt werden. Queeren Wohnprojekte sind zu fördern.

- Den Ausbau von schulischer Aufklärungsarbeit und Beendigung der LGBTIQ*-bezogenen Diskriminierung an Schulen.
- Beratungsangebote für LGBTIQ*
- Die Einrichtung einer Anlaufstelle für queere Jugendliche

Mit uns wird das Leben von LGBTIQ* in Castrop-Rauxel sichtbar.

Grüne Jugend

Zukunft entscheidet sich hier.

- Junge Menschen müssen oft lang auf den Bus warten oder es fährt erst gar keiner.
Wir setzen uns für einen besseren ÖPNV ein und schaffen Vorfahrt für neue Ideen!
- Unsere Schulen sind längst nicht im 21. Jahrhundert angekommen! Wir schaffen
das Update für die Schule und fordern digitale Bildung jetzt!
- Es machen sich viel zu viele Rechtspopulisten in unserer Stadt breit!
Wir stellen uns klar gegen Hass und Hetze, wann immer es nötig ist!
- Bislang besteht der Stadtrat meistens nur aus überwiegend älteren Frauen und Männern!
Wir stehen für eine gleichberechtigte Liste, in der die Stimme der Jugend Gehör findet.

Grün & jung für Castrop-Rauxel

Uns ist es wichtig, dass die Stimme der jungen Menschen unserer Stadt gehört wird. Die Stimme einer Generation, der es nicht egal ist, was mit ihrer Zukunft passiert und wie dieser Planet in einigen Jahren aussieht. Wir warten nicht auf morgen und wir verlassen uns auch nicht auf andere!

Mobilität

Mobilität und Lebensqualität gehören unabdingbar zusammen. Das persönliche Mobilitätsverhalten darf aber nicht zu Lasten anderer Menschen gehen. Deshalb möchten wir eine Verkehrswende herbeiführen. Grundsätzlich stellen wir das bisherige Verkehrsverhalten und die durch die Stadtentwicklung geschaffenen Bedingungen auf den Prüfstand. Die dominierende Mobilitätsform ist in Castrop-Rauxel das Auto. Daneben, und in der Tat an den Rand gedrängt, können Radfahrer und Fußgänger ihre Wege zurücklegen. Folgen dieser Aufteilung des Straßenraums: Autos durchqueren ungehindert und zügig die Stadt. Radfahrern und Fußgängern werden immer wieder Umwege und Warteminuten an Ampelkreuzungen zugemutet. Je mühsamer aber das Vorwärtskommen ist, desto häufiger wird es vermieden.

Ausbau des ÖPNV

Selbstverständlich gehört zu umweltfreundlicher Mobilität auch die Pflege und Erweiterung der sog. „Öffis“, des öffentlichen Personen-Nah-Verkehrs. Dafür und für den Erhalt der Emschertalbahn setzen wir uns ein. Taktverdichtungen, bessere Anschlüsse an bestehende Verbindungen und Neuansbindung von bisher nicht gefahrenen aber wichtigen Strecken wie die Stricken von Mengede/ Westerfilde nach Schwerin oder von Frohlinde nach Merklinde, sind zu schaffen.

Entwicklung eines alltagstauglichen Radwegenetzes

Die bestehenden Radwege sind in der Mehrzahl für das Benutzen ungeeignet. Sie sind zu schmal, Radfahrer können sich nicht überholen oder nebeneinander fahren. Sie verlaufen auf Umwegen oder neben Gehwegen. Die persönliche Geschwindigkeit ist deutlich eingeschränkt. Außerdem ist der Belag in der Regel nicht nutzungsfördernd. Aus diesem Grunde wollen wir alle Radwegenetze auf Alltagstauglichkeit überprüfen und bedarfsgerecht ausbauen. Dies soll flächenschonend, also nicht durch Inanspruchnahme von bisher unversiegeltem Raum, erfolgen.

Neu-Aufteilung des Straßenraums zugunsten von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen

Das bedeutet eine Verringerung der Fahrbahnbreiten auf überbreiten Fahrbahnen. Die Regelgeschwindigkeit sollte auf 30 km/h reduziert werden. So können auf den entstandenen freien Straßenräumen die Radfahrer sicher auf der Fahrbahn fahren.

Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Transportmittel. Dessen Nutzung belästigt die Anwohner weder durch Lärm noch mit Luftschadstoffen. Außerdem benötigt es keine großen Stellplätze an den öffentlichen Straßen. Folglich sollte ihm Vorrang eingeräumt werden.

Wenn nun auf unseren Straßen deutlich langsamer gefahren wird, können auch Fußgänger*innen gefahrloser die Fahrbahnen überqueren. Da der Lärm deutlich reduziert wird, bereitet es auch mehr Vergnügen, seine persönlichen Wege auf den Gehwegen zurück zu legen. Durch diese Umkehr der Bevorzugung der Verkehrsmittel erreichen wir eine deutlich höhere Lebensqualität für alle.

Förderung der Elektromobilität

Castrop-Rauxel kann den klimafreundlichen Umstieg auf die E-Mobilität im Wesentlichen in zwei Bereichen fördern.

Bedarfsgerechter Ausbau der Ladeinfrastruktur

- In von Mietwohnungen geprägten Bereichen ist ein vorrausschauendes Angebot an öffentlichen Lademöglichkeiten, in Zusammenarbeit mit den Castroper Stadtwerken, zu planen und zeitnah umzusetzen.
- Im Bestand von Wohneigentum ist ein Beratungsangebot durch die Castroper Stadtwerke zu etablieren, um die Eigentümer bei der Umsetzung und Förderung von Lademöglichkeiten zu unterstützen.
- Beim Neubau von Wohnungen ist in den B-Plänen von vornherein darauf hinzuwirken, dass ausreichende Lademöglichkeiten realisiert werden. Das bedeutet, dass zumindest die Elektroinstallation bei Neubauten ausreichend dimensioniert wird.
- Für Einfamilienhäuser ist mindestens 1 Ladeanschluss mit 11 kW vorzusehen. Bei Mehrfamilienhäusern sollte pro 2 Wohneinheiten eine solche Lademöglichkeit berücksichtigt werden.

Angebote für Nutzer von E-Mobilität

Die Einführung von kostenlosen Parken für Elektroautos in den zentralen Bereichen von Castrop-Rauxel, wäre eine sinnvolle Maßnahme zur Förderung von Elektromobilität. In vielen Städten Deutschland und Europas gibt es bereits solche Angebote. Zusätzlich wird dadurch eine Verbesserung der Luftschadstoffsituation in diesen heute stark belasteten Gebieten erreicht. Dies trägt auch zur Förderung des Einzelhandels bei.

Durch entsprechend differenzierte Parkraumüberwachung, Elektroautos sind meist entsprechend gekennzeichnet, ist diese Maßnahme auch recht einfach für das Ordnungsamt umsetzbar. Die Gebühreneinnahmen für die Parkraumbewirtschaftung, können durch ein entsprechendes Modell mit differenzierten Parkgebühren für Elektroautos und Autos mit Verbrennungsmotoren, konstant gehalten werden.

Arbeit, Beschäftigung, Wirtschaft

Gute und sichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten ist ein wichtiges Anliegen grüner Politik in Castrop-Rauxel. Castrop-Rauxel sowie seine Nachbarstädte sind durch den Strukturwandel im Ruhrgebiet besonders stark betroffen. Kohle und Stahl sind Vergangenheit, prägen aber noch unsere Stadt und unser Denken. Gleichzeitig haben andere Regionen ihre Stärken entwickelt und haben in heute wichtigen Branchen ein großes Potenzial entwickelt. Es macht daher wenig Sinn diesen Weg nachzuahmen. Die Zukunft von Castrop-Rauxel liegt aus Sicht der Grünen in der Entwicklung der Potenziale der Menschen in der Stadt und der Region sowie des Ausbaus und der Stärkung der lokalen mittelständischen Wirtschaft

Vorhandene Potenziale entwickeln – Lokale Wirtschaft stärken

Beschäftigungspolitik und Wirtschaftsförderung sind wesentliche Bausteine für die Stadtentwicklung. Im Vordergrund stehen die regionalen Wirtschaftskreisläufe, die wir vor allem in Richtung auf umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftszweige, wie Energieversorgung, Recycling weiterentwickeln wollen. Dazu brauchen wir nicht neue oder mehr Flächen, sondern wollen die bestehenden Flächen modernisieren und weiterentwickeln.

Unser Anliegen ist es, unsere Stadt nicht in Konkurrenz oder zu Lasten anderer benachbarter Städte und Regionen weiterzuentwickeln, auch weil viele Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt in Unternehmen der Nachbarstädte und -regionen ihre Arbeit gefunden haben. Vielmehr müssen wir die Stärken unserer Region, die hohe Dichte wissenschaftlicher Einrichtungen sowie ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz gemeinsam nutzen, um Zukunftsbranchen und -produkte zu entwickeln.

Wir wollen aber auch auf den im Ruhrgebiet vielfach vorhandenen wissenschaftlichen Sachversand gezielt mit der kommunalen Wirtschaftsförderung verbinden, um die notwendige Entwicklung und Weiterentwicklung hin zu einer innovativen, zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt und in der Region zu ermöglichen.

Klimapolitik ist auch kommunale Wirtschaftsförderung

Klimapolitik ist ein Jobmotor und zwar vor allem für das Handwerk. Wenn wir in Castrop-Rauxel die Klimaziele der Bundesrepublik einhalten wollen, dann müssen wir jährlich 2 Millionen Euro oder mehr in Photovoltaik investieren. Was helfen E-Autos, die mit Braunkohlestrom fahren? – Nichts! Wir brauchen Erneuerbare Energie. Dass dezentrale Klima-Investitionen die kommunale Wertschöpfung ankurbeln, ist in zahllosen Studien wissenschaftlich belegt. Das gilt nicht nur für die Photovoltaik, sondern auch für Gebäudedämmung, Geothermie, Nahwärme-Netze, neue Heizungen etc.

Keine Neuausweisung von Gewerbegebieten

Wir stehen der Schaffung von neuen Gewerbegebieten auf der „Grünen Wiese“ sehr skeptisch gegenüber. Nach Berechnungen aus der Stadtverwaltung haben wir unter Einchluss des „Industriepark Rütgers“ noch Gewerbefläche für über 12 Jahre.

Zukunft durch Ausbildung und Qualifizierung

Im Kreis Recklinghausen sind 45 Prozent aller arbeitslos gemeldeten Menschen langzeitarbeitslos, davon sind ältere Menschen über 55 Jahre und Berufseinsteiger besonders betroffen. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht nur ein persönliches Schicksal, sondern es ist für den Einzelnen und für das soziale Umfeld eine dauerhafte Belastung. Armut und sozialer Ausschluss sind häufig die Folge, was einerseits die psychische Stabilität beeinträchtigt und damit die Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt erschwert.

Zudem besteht die Gefahr, dass von Armut betroffene Menschen auf einzelne Stadtteile und Quartiere verwiesen werden und damit auch räumlich abgehängt werden, was die gesellschaftliche Teilhabe einerseits erschwert. Zum anderen stellen solche abgehängten Viertel einer dauerhaften Belastung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserer Stadt dar.

Eine der wichtigsten Aspekte, um Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen, ist Ausbildung und Weiterbildung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass insbesondere Langzeitarbeitslose, aber auch Jugendliche ohne Kontakt zum Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Dazu gehören neben Qualifizierungsmaßnahmen (Ausbildung, Umschulungen, Weiterbildungen) auch Jobtrainings etwa in einem sozialen Arbeitsmarkt, um Menschen wieder in das Berufsleben zu integrieren. Träger von Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung müssen für diese Aufgabe eng zusammenarbeiten.

Kommunale Finanzen und Stadtverwaltung

Kommunale Finanzen

„Endlich mal wieder unsere Quartiere verbessern, ohne immer auf die 80-Prozent-Förderung schie-len zu müssen“ – Diese Stoßgebete finden sich bei Kommunalpolitikern genauso wie bei Mitgliedern unserer Stadtteilvereine.

Als „Nothaushaltskommune“ hängen wir am Tropf übergeordneter Stellen. Ohne Zuschüsse geht so gut wie nichts. Und die Zuschussgeber orientieren sich nicht unbedingt an einer positiven sozial-ökologischen Entwicklung unserer Stadt. Über diese finanzielle Abhängigkeit haben wir unser Selbstbestimmungsrecht verloren, das uns nach dem Grundgesetz eigentlich zusteht.

Die Ursache liegt in der jahrzehntelangen strukturellen Unterfinanzierung. Den Kommunen und damit auch Castrop-Rauxel wurden durch Bund und Land zusätzliche Aufgaben aufgelastet, ohne dass deren Finanzierung sichergestellt worden ist. Schon heute sind mehr als die Hälfte aller Ausgaben in Castrop-Rauxel Aufwendungen und Transferzahlungen, die in Art und Höhe von der Stadt nicht beeinflusst werden können.

Bund und Land haben sich auf Kosten der Kommunen saniert. Die schwarze Null im Bundeshaushalt von Finanzminister Scholz beruht auf den Milliardenschulden der Kommunen.

Gleichzeitig muss die Stadt klüger mit ihrem Geld umgehen. Statt z.B. eine mobile Container-Kita für Millionen Euro pro Jahr zu mieten, hätte das Geld in den Bau einer neuen stationären Kita gesteckt werden müssen.

Was muss sich ändern?

- Bund und Land müssen den Kommunen für die ihnen übertragenen Aufgaben ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen. „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“. Neue Aufgaben, die Bund und Land uns übertragen, müssen vollständig von Bund und Land finanziert werden. Das sogenannte „Konnexitätsprinzip“ muss endlich durchgesetzt werden.
- Die millionenschweren Altschulen der Stadt, insbesondere die Kassenkredite, aus denen das laufende Geschäft der Verwaltung heute finanziert wird müssen von Bund und Land übernommen werden.
- Dass Nothaushaltsgemeinden im Westen sich für den Ost-Soli zusätzlich verschulden, ist nicht länger einzusehen: Die Unterstützung strukturschwacher Gemeinden muss unabhängig von der Himmelsrichtung sein.
- Projekte und Maßnahmen in der Infrastruktur müssen besser auf ihre Folgewirkungen hin bewertet werden. Kirchturms-, Klientel- oder Prestigeprojekte helfen den Menschen in Castrop-Rauxel nicht und belasten dann völlig unnötig den städti-

schen Haushalt.

- Wir brauchen eine nachhaltige Reduzierung des Ressourcen-Verbrauchs seitens der Stadtverwaltung. Die Einführung des Ressourcen-Managements war ein richtiger Schritt und muss weiter betrieben werden.
- Durch den Aufbau eines modernen Facilitymanagements für städtische Gebäude und Liegenschaften können die Kosten und der Betriebsaufwand im städtischen Immobilien-Management reduziert werden.

Personal

Personal ist nicht nur ein großer Ausgabeposten im Haushalt, sondern vor allem die wichtigste Ressource, die wir im Rathaus haben. Mehr Personal im Außen-Ordnungsdienst kostet viel Geld, ist aber durch die Entwicklung etwa der Kriminalität nicht zu rechtfertigen. Dafür fehlt es an Stellen, die mittel- und langfristig entscheidend sind für die Entwicklung unserer Stadt:

- Es gibt keine Stelle im Rathaus, die für strategischen Klimaschutz zuständig ist.
- Der Städtische Ressourcen-Bereich wurde eingestellt, um Personal zu sparen.
- Auch die Beteiligung am Energie Award, der den nachhaltigen Umgang mit Energie auszeichnet, wurde gestrichen, wegen dem zu hohen Personaleinsatz.

Unsere Personaldecke ist dünn – zu dünn, um die anfallenden Aufgaben zu bewältigen. Durch Krankheit z.B. entstehen weitere Löcher. Diese Löcher zu stopfen, indem Mitarbeiter*innen kurzfristig umgesetzt werden, ist schon mittelfristig kontraproduktiv, weil sich so keine motivierten Mitarbeiter*innen entwickeln. Seit Jahren fordern wir ein Personalentwicklungskonzept. Der Stadtrat hat es einstimmig gefordert – nur Bürgermeister Kravanja weigert sich beharrlich, diesen Ratsbeschluss umzusetzen.

- Ein Personalentwicklungskonzept in Absprache mit der Personalvertretung muss einer der ersten Schritte nach der Kommunalwahl sein.

Sport und Freizeit

Sport hat für alle Teile der Bevölkerung eine besondere Bedeutung. Sport ist zugleich Teilhabe, Integration, Inklusion, Gesundheitsförderung und Naturerleben. Sport verbindet nicht nur Kulturen, sondern auch Generationen und Menschen mit unterschiedlichen Ausgangslagen. Der Landessportbund NRW setzt sich unter anderem für Chancengleichheit, Prävention sexualisierter Gewalt im Sport, Integration und Inklusion ein. Teilweise ist Sport schwer von Freizeitgestaltung abzugrenzen. Ist eine Radtour, eine Kanutour oder aber ein Spaziergang schon Sport oder „nur“ Freizeitgestaltung. In Castrop-Rauxel wurde lange die Bedeutung vernachlässigt und auf den „echten“ Vereinssport der Fokus gelegt. Der Vereinssport verbindet, schafft einen Austausch verschiedener Kulturen und deckt natürlich auch die gesundheitsförderliche Rolle ab. Deshalb ist der Vereinssport in der Stadtgesellschaft unverzichtbar. Die Grünen haben es sich daher zur Aufgabe gemacht, wohnortnahe Sportstätten zu erhalten und zu entwickeln. Hierbei ist auf eine ausgewogene Berücksichtigung verschiedenster Sportarten wesentlich. In den letzten Jahren sind die Sportstätten in Castrop-Rauxel immer mehr in einem schlechteren Zustand geworden. Wir setzen uns dafür ein, Vereine und Sportstätten bei der Modernisierung und Sanierung zu unterstützen und zu fördern.

Es geht aber auch um nicht vereinsgebundene Aktivitätsmöglichkeiten. Hierbei spielen die Ausweisung von Wander- und Trimpfpfaden in den Wald- und Feldgebieten sowie die naturnahe und generationsübergreifende Gestaltung von öffentlichen Spielplätzen eine bedeutende Rolle.

Besonders ist es hierbei, den möglichen Zielkonflikt zwischen Freizeitnutzung und Ökologie zu achten.

Der Sport umfasst eine umfangreiche Arbeit, die nur durch tatkräftige Unterstützung tragbar ist. Sportvereine sind überwiegend durch Ehrenamtler*innen vertreten. Die große Herausforderung für Sportvereine ist es, ehrenamtliche Unterstützung zu binden und zu gewinnen. Die Grünen setzen sich daher dafür ein, das Ehrenamt zu unterstützen, zu honorieren und bei der Gewinnung von Ehrenamtlern zu verhelfen. Um den Sport in Castrop-Rauxel attraktiver zu gestalten und mehr Ehrenamtler*innen zu gewinnen, ist es uns wichtig Ehrenamtliche mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Besonders jüngere Generationen, die durch den teilweise langen Schulalltag zeitlich eingeschränkt sind, um selbst Sport treiben zu können oder ehrenamtlich, zum Beispiel als Sporthelfer*in im Sportverein tätig zu sein, sollen die Möglichkeit bekommen diese Aspekte ausüben zu können. Uns ist es wichtig das Ehrenamt im Sport aufrechtzuerhalten und jedem die Unterstützung zu bieten sich auszubilden und zu qualifizieren. Denn vor allem durch Ehrenamtler*innen kann der Vereinssport aufrechterhalten werden.

Kultur

Auch das kulturelle Angebot in Castrop-Rauxel ist – zumindest, wenn man bedenkt, dass es kaum städtische Aktivitäten gibt – beachtlich. Castrop-Rauxel profitiert hier von dem hohen bürgerschaftlichen Engagement und von der Stationierung des Westfälischen Landestheaters. Die Grünen setzen sich darüber hinaus für eine eigene, unverwechselbare Kulturszene ein. Insbesondere durch die massive Aufstockung des Bereichs Wirtschaftsförderung sollte es möglich sein, ein Kulturbüro einzurichten. Dazu gehört auch, dass bestehende Veranstaltungsräume technisch auf einen akzeptablen Stand gebracht werden, um diese Orte, wie die ASG-Aula, wiederzubeleben und jungen Künstlern so eine Heimat und eine Bühne zu bieten. Hier geht es aber nicht nur um darstellende Kunst. In Zusammenarbeit mit den umliegenden Hochschulen könnte auch eine Kulturszene für bildende Kunst etabliert werden, welche das Stadtbild deutlich aufwertet.

In der Region

Datteln 4 - überflüssig und schädlich

Um die Ziele des Pariser Klima-Abkommens zu erreichen, muss der Kohleausstieg deutlich schneller erfolgen. Der BUND fordert einen Ausstieg bis 2030. Die Inbetriebnahme von Datteln erschwert einen schnellen Kohleausstieg und belastet das Klima jedes Jahr mit mehreren Millionen Tonnen des Treibhausgas Kohlenstoffdioxid. Für eine Stromproduktion, die die beiden geplanten Großabnehmer DB und RWE gar nicht mehr wollen und die ihrerseits die veralteten Abnahmeverträge gerne beenden wollen. Für die sichere Energieversorgung in Deutschland ist Datteln 4 absolut überflüssig.

Für das Kraftwerk Datteln würde Kohle aus anderen Ländern importiert, die oftmals unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird, z.B. „Blutkohle“ aus Kolumbien.

Und: Beimischungen von 10 Prozent Raffinerieabfälle (sog. Petrolkoks) sind erlaubt, sie enthalten Nickel und Vanadium.

Die Kohlekommission hatte 2019 die Empfehlung abgegeben, einen Weg zu finden, damit das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 nicht ans Netz geht. Weil die Bundesregierung diese Empfehlung der Expertenkommission aus Wissenschaft und Wirtschaft, aus Industrie und Umweltverbänden in ihrem Entwurf zum Kohleausstieg frech missachtet, ist bei vielen Menschen der Glaube an die Ehrlichkeit dieser Regierung noch geringer geworden. **Wir fordern, Datteln 4 sofort vom Netz zu nehmen.**

New Park - ein Projekt der Vergangenheit

Die Grünen in Castrop-Rauxel sprechen sich gegen das Wirtschaftsförderungsprojekt New Park in den Dortmunder Rieselfeldern aus. New Park schafft keine neuen Arbeitsplätze und führt zu einer weiteren Flächenversiegelung einer naturnahen Landschaft. Es steht in der Tradition einer längst überwunden geglaubten Form der Wirtschaftsförderung auf der grünen Wiese. Viele Gewerbeparks im Ruhrgebiet und in anderen Regionen stehen leer und sind nicht zu vermarkten. Auch entstehen häufig keine neuen Arbeitsplätze, wenn Unternehmen nur Betriebsverlagerungen vornehmen. Das Land NRW hat eine Bürgerschaft abgelehnt, nachdem ein Gutachten einer bekannten Beratungsfirma die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten in Zweifel gezogen hat. CDU und FDP, aber auch Teile der SPD halten allerdings an dem altbackenen Projekt fest. Am Ende zahlen die Bürgerinnen und Bürger für die aufgelaufenen Kosten.

Anstatt neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese aufzubauen, den Boden zu versiegeln und damit neue Brachen der Zukunft zu bauen, ist es das Ziel grüner Politik, die Wunden des Niedergangs der alten Industrien durch die Revitalisierung bestehender, aber brach liegender gewerblicher und industrieller Flächen zu heilen und deren Rückführung in das Sozial- und Wirtschaftsleben zur ermöglichen.

B474N - rückwärtsgewandte Verkehrsplanungen

Wir lehnen überholte und rückwärtsgewandte Verkehrsplanungen aus vergangenen Jahrzehnten ab. So bewerten wir die Planungen rund um die B474 n als Irrweg. Landschaft soll durch dieses Projekt durchschnitten und hohe Belastungen für Menschen, Tiere und Natur durch Generierung massiver Mehrverkehre werden hervorgerufen. Dieses Projekt steht der zeitgerechten Verkehrswende entgegen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Besonders kleine und mittelgroße Kommunen mit relativ überschaubaren Verwaltungsstrukturen sind oft stark gefordert, wenn es um die Erfüllung der Vielzahl übertragener Aufgaben geht. Interkommunale Zusammenarbeit ist eine wichtige Handlungsalternative für die finanzschwachen Kommunen im Kreis. Interkommunale Zusammenarbeit ist in vielen Fällen sinnvoll und effizienzsteigernd. Die Nutzung von Synergieeffekten - ohne Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung - dient dem verantwortungsbewussten Umgang mit personellen und finanziellen Ressourcen. Partnerschaftlich vorhandene Aufgaben können gemeinsam neu angegangen und bereits vorhandene Standards verbessert werden.

So bietet das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit (GkG) beispielsweise die Möglichkeit zur Teilübertragung von kommunalen Aufgaben, die Zulässigkeit zur Bildung von Verwaltungsgemeinschaften durch eine Experimentierklausel oder die Mög-

lichkeit zur Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen hinweg.

Viele Städte im Kreis nutzen bereits die Möglichkeit mit anderen Kreiskommunen zusammenzuarbeiten, unter anderem im Bereich der Bekämpfung von Schwarzarbeit, den Stadtkassen, des Angebots an weiterführenden Schulen oder zur Beschaffung bestimmter Materialien.

Aber es gilt weitere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu prüfen z.B. im Bereich des Gebäudemanagements, der Betriebshöfe, des Versorgungsnetzes, den Sportstätten, sowie Musikschulen. Besondere Aufmerksamkeit gilt es auf die Gestaltung der kreisweiten Schullandschaft sowie der Zusammenarbeit der örtlichen Feuerwehren zu legen. Hier sollen Ressourcen geteilt statt in gegenseitiger Konkurrenz zu einander zu stehen, um ein breites Angebot und effizientere Prozesse zu generieren.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtverband Castrop-Rauxel

Lambertusplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

info@gruene-castrop-rauxel.de

@grueneCR

Am **13.09.**

Grün wählen!

Grün ist deine Zukunft.

